

Das ist der Gipfel!





Ist Berlin noch zu retten? Wirtschaftsbosse ködern - Unbequeme vertreiben. Ruhe an der Frontstadt und das richtige Investitionsklima schaffen - mit allen Mitteln, wenns sein muß über Leichen?
Während Berlin pompös und vergeblich die großen Unternehmen zum Investieren einlädt, wird seit Monaten mit beispiellosen Lügenkampagnen über Hausbesetzer und andere Minderheiten hergefallen. Berlin-Extra, eine freie Stimme in einer befangenen Presselandschaft, gegen Vorurteile und Hetze, stellt Fakten dagegen. Lesen Sie, urteilen Sie selbst.

Ganoven treffen in Berlin

Am Freitag begann „die wohl wichtigste Berlin-Konferenz seit dem 4-Mächte-Abkommen", tönt Springers Welt. 173 „Wirtschaftspapitäne" bringen ihre „konkrete Verbundenheit mit unserer noch unter den Spätfolgen des Krieges leidenden Stadt" (SPD-Kanzlerkandidat Vogel) zum Ausdruck. Der DGB erinnert die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft an „ihre besondere Verpflichtung für Berlin". Die ehrenwerte Gesellschaft in Filzpantoffeln, die im Schloß Bellevue zusammenkommt, wird sich ihre Verpflichtung teuer bezahlen lassen. Die bisher schon skandalös genug gehandhabte „Berlin-Förderung" reichte noch nicht - allein in den 70er Jahren wurden in Berlin mehr als ein Drittel aller industriellen Arbeitsplätze abgebaut. „Es geht um das wirtschaftliche Überleben Berlins ", mahnte der DGB. Für das Aushängeschild des freiheitlichen Westens mitten im preußischen Sozialismus wird nichts teuer genug sein können - weder der Empfang, noch die Förderungszusagen an die Wirtschaft. Berlin, seit dem Krieg ein Stadt am Tropf, liegt auf der Intensivstation.
In einer Zeit,
in der der Senat durch falschverstandene Sparpolitik die Stadt noch unattraktiver macht,
durch seine Wirtschafts- und Wohnungspolitik weiter in den Ruin treibt,
in der sich und anderen helfende Initiativen im sozialen, Erziehungs- und Wohnbereich der Geldhahn abgedreht, bzw. durch Diffamierung und Räumung der Garaus gemacht wird,
in der Minderheiten diskriminiert werden, um „Mehrheiten" abzulenken und zu besänftigen,
wird klar: Die, denen Berlin fürs Absahnen jahrzehntelang lieb und teuer war, werden geschmiert. Diejenigen, die ihre Kraft für bessere Lebensbedingungen einsetzen, über den Löffel balbiert. Eine Oase für Spekulanten - ist das die Wende,

Axel Cäsar Springer ist selbstverständlich mit von der Herrenpartie, die den 76.000 Berliner Arbeitslosen zu Hilfe geeilt kommt. Quer durch die Parteien sind sie begeistert. „Was Berlin braucht, sind sichere und zukunftsträchtige Arbeitsplätze," meint der DGB-Chef Breit und über dieses Thema wird er sich am Freitag Abend bei erlesenen Speisen im Schloß Bellevue verbreiten. Gastgeber ist Bundeskanzler Kohl, der neue Chef in der BRD-GmbH und Co Kg. Viele der Herren in den blauen Anzüge kennen sich seit Jahren und gut. Man sitzt ja auch öfters zusammen, macht hier und dort ein Geschäft, schiebt Summen von diesem Konto auf jenes, man hat ja eine Menge davon in diesem noblen Sparverein. In den letzten Wochen haben ein paar der ehrenwerte Mitglieder Schwierigkeiten, es sind ein paar Geschäfte aufgeflogen, die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Es geht um mehr als 500.Millionen, nicht gerade ein Pappenstil. Auf die Berliner Arbeitslosen umgerechnnet sind das 6000 Mark pro Nase. Es geht um den Fall Flick. Friedrich Karl Flick wollte, wie so viele in diesem Lande, Steuern sparen. Und um Politiker zur freundschaftlichen Mithife bei dieser Aktion zu bewegen, hat er ihnen Spenden zukommen lassen. Das ging quer durch die drei großem Parteien, und einige der Spendenempfänger werden auch den Berliner Wirtschftsgipfel beehren. Hans Friderichs, ehemalige FDP-Wirtschaftsminister, hat 365.000 bekommen, sein Nachfolger und Nochimmer Wirtschaftsminister Graf Otto Lambsdorf hat's schon für 165.000 gemacht. Franz Josef Strauß war im übrigen der teuerste: 900.000 Mark.

Flicks Chefmanager Eberhard von Brauchitsch ist auch eingeladen. Neuerdings hört man, daß auch Helmut Kohl, der Gastgeber, und sein bayerischer Innenminister Zimmermann sich für die guten Flicks verwendet haben.

Hätte Politik noch etwas mit Moral zu tun, sie müßten dutzendweise zurücktreten, aber Macht und Geld sind eben klebrig. Die Großen sahnen ab und die Kleinen sind angeschissen, war doch schon immer so .Die kleinen Eierdiebe ob sie nun Hausbesetzer

fahren dicke Wagen und machen hin und wieder einen auf wohltätig.

Sie sind keine schlechten Menschen, sie wollen das Beste für Berlin, Lohn und Brot wollen sie bringen . Berlin ist ihre Herausforderung und Verpflichtung und was ihnen noch sonst an Sonntagsreden einfallen wird, die Blitzlichter der Fotografen sind ihnen sicher. Und da man Reden auch Taten folgen lassen soll, werden sie eine große Tat ankündigen. Eines der großen Unternehmen, die nach dem Krieg alle abgehauen sind, wird seinen Sitz in die arme Mauerstadt verlegen, ein paar hundert Arbeitsplätze wird das bringen. Vielleicht kommen noch ein paar Forscher und Angestellte, und wieder werden Steuern gespart. Applaus für den Herrn Bundeskanzler und seine Freunde von der Industrie.



Am liebsten wäre er der Weihnachtsmann: Dieser unser Kanzler ruft am Wochenende die Spitzen der deutschen Wirtschaft ins Schloß Bellvue. Stark vertreten neben vielen anderen sind dabei auch die Vertreter des Flick-Konzerns in dessen Bestechungsliste nun auch Kohl gefunden wurde. In Berlin, der Abschreibungsruine der Republik und dem Paradies der Korrupten und Abkassie-

No Future für die Hausbesetzer

Senat läßt Verhandlungen platzen

„Seien Sie doch einmal richtig alternativ, machen Sie es doch umsonst." So klang es aus dem Munde des Bausenators, als er sich am Dienstag zusammen mit dem Innensenator Lummer mit den Vermittlern von Netzbau, dem Neue Heimatträger FsW und dem Kreuzberger S.H.I.K. zum wohl letzten „Verhandlergipfel"traf. Dabei kam es für die Vermittler schlimmer, als sie es sich hätten träumen lassen. Für sie steht nun fest: Der Senat will die Verhandlungslösung nicht.

• Die Rückgabe der Häuser in der Maaßenstraße, so erklärten die Senatoren, sei für sie kein Thema mehr.

• Den beiden Trägern FsW und S.H.I.K., die in immerhin imsgesamt 40 Häusern - Bruchbuden nannte sie der Bausenator - die Sanierung durchführen werden, will der Senat überhaupt kein Geld zur Verfügug stellen. Dabei hat er dies in der Vergangenheit bei der Neuen Heimat, bei städtischen und privaten Sanierungsträgern bedenkenlos mit Millionenbeträgen gemacht. Und auch Netzbau soll, obwohl es nichts anderes macht als FsW und S.H.I.K., im nächsten Jahr mit 800.000 DM unterstützt werden. Die Vermittler würden den Senat übrigens nur einen Bruchteil dessen kosten, was die Neue Heimat für die Sanierung verlangt hätte.

• Jetzt will der Senat den Besetzern sogar zumuten, in ihren Häusern die gleiche Luxusmodernisierung durchzuführen, die die alten Eigentümer machen wollten: Grundrißänderungen, Zentralheizungen, Abriss von Hinterhäusern sollen dann am Ende von den Besetzern mit hohen Mieten bezahlt werden.

• Wenn die Neue Heimat nicht bis spätestens zum 15. Januar Verträ-

zwingen, die Häuser zu räumen. Dabei weiß auch der Senat, daß es zu allerletzt an den Besetzern liegt, wenn die Abstimmung der Verträge mit Senat und Bezirken kompliziert und zeitraubend ist. Bis zum 15. Januar kann sie nicht gelingen.

• Außerdem droht der Senat mit Räumungen, auch gegen den Willen der Eigentümer, die er mit der „Kriminalität" der Besetzer begründet. Kriminell sind die Bersetzer, weil sie Herrn Lummer und Mister Reagan beschimpfen, gelegentlich laut Musik hören und anders sind als die Mehrheit ihrer Nachbarn.

Die Vermittler haben die Schnauze voll. Sie haben monatelang ihre Arbeitskraft und viel guten Willen in die Legalisierung gesteckt. Deshalb gibt es heute Modelle, die funktionieren.

Sie hatten dabei nicht nur das Wohl der Besetzer im Auge. Es ging ihnen vor allem auch darum, das gleiche für die Mieter in der Stadt machen zu können. Ohne große Wohnungsbauunternehmen, die nur das Geld interessiert. Mit der Möglichkeit, die Wohnung und die Häuser zusammen mit den Nachbarn so zu gestalten, wie die Bewohner es wollen.
Die Vermittler glaubten dabei Herrn Rastemborski und dem regierenden Bürgermeister. Der hatte in seiner Regierungserklärung von behutsamer Stadterneuerung gesprochen. Der Bausenator hat noch vor wenigen Monaten erklärt: „Überall, wo friedliche Lösungen möglich sind, werden wir sie unterstützen." Jetzt spricht er anders. Und neben ihm sitzt Herr Lummer und freut sich. Er hat die verhängnisvolle Spirale von polizeilicher Räumung, gewalttätigem Aufbegehren, Stra-



Bei der Räumung Maaßenstr. 11 und 13 wurden Mutter und Kind aus ihrer Wohnung vertrieben. Weil die Staatstreue Erziehung des Kindes nicht gewährleistet sei, wollen jetzt Richter Müttern in besetzten Häusern auch noch das Sorgerecht für ihre Kinder entziehen.

Dürfen Besetzer keine Kinder haben?

Weil sie in einem besetzten Haus wohnt, soll jetzt erstmals einer Mutter das Sorgerecht für ihr Kind entzogen werden, wenn sie nicht bis zum 18.1.83 ausgezogen ist.

Nur so, entschied vor zwei Wochen ein Familiengericht, könne sie beweisen „daß die Kindesmutter ihre Aufgabe, das Kind so zu erziehen, daß es bei Volljährigkeit in einen Zwiespalt gestürzt wird Gesetze zu befolgen oder nicht, erkannt hat und die notwendigen Folgerungen aus dieser Einsicht zieht."

Die fünfjährige Tochter rede beispielsweise von „Bullen",argumentierte der Vater des Kindes, der es auf diese Weise wieder in seine Gewalt bringen möchte. Mal abgesehen davon wieviele Kinder nach dieser Logik von den Bu...pardon der Polizei ihren Müttern weggenommen werden müßten, setzt dieses Urteil die Treue zum Staat höher an als alle menschlichen Belange.

Die Erziehung zum gesetzestreuen Staatsbürger hatten früher schon Gerichte in Potsdam und Dresden höher bewertet als das elterliche Erziehungsrecht; neu ist, daß auch bundesdeutsche Gerichte derartige Auffassungen vertreten. Auch bei einer anderen Besetzerin hat deren Vater beantragt, ihr das Sorgerecht zu entziehen. Seither werden sie und ihr Sohn von der Polizei überwacht, um zu beweisen, daß sie wieder in einem besetzten Haus wohnt, nachdem die beiden aus einem besetzten Haus in der Maaßenstraße geräumt worden waren. Müssen bald Frauen zuerst ihre politische Gesinnung überprüfen lassen, bevor sie ein Kind bekommen? Später dann auch noch „Rassengesetze gegen Chaoten"? Wir wollen nicht übertreiben, sondern bereits den Anfängen solcher Unmenschlichkeit wehren.Natürlich wollen die Mütter mit ihren Kindern in den besetzten Häusern bleiben, viele andere haben Angst, daß ihnen ähnliches droht. Sie haben sich zusammen getan, damit ihre Kinder bei ihnen bleiben können,egal welche politische Meinung sie haben und wo sie wohnen.

„Nicht integrierbar"

Ein Stadtteil soll gesäubert werden

„ Die massierte Überlassung von Wohnraum an einen Personenkreis, dessen Integrationsfähigkeit als gering anzusehen ist,würde die Bemühungen,die stark gestörte Sozialstruktur in der Planungseinheit II zu verbessern, unterlaufen. Die Gemeinde könnte ihrer Verpflichtung, zu helfen, nachteilige Auswirkungen auf die Sanierungsbetroffenen zu vermeiden oder zu mildern (§ 8 StBauFG),nur noch unzureichend nachkommen. "

und weiter:

„wird sich die Frage nach der Belastbarkeit des jeweiligen Wohnbereichs durch schwer integrierbare Personengruppen voraussichtlich für alle im Sanierungsgebiet Schöneberg-Bülowstraße liegenden besetzten Häuser stellen."

Mit diesen Worten lehnte der Schöneberger Baustadtrat Kunkel von der CDU in einem Bescheid an die Neue Heimat den Abschluß von Verträgen mit den geräumten Besetzern der beiden Häuser Maaßenstraße 11 und 13 am Winterfeldplatz ab.Aber auch für die weiteren 22 besetzten Häuser der NH machte er damit klar, wie er sich die Zukunft vorstellt: Raus!

Die „Neue Heimat",die noch nach dieser Räumung den Besetzern, zusammen mit Bausenator Rastemborski, Nutzungsverträge versprach,nutzte jetzt den Brief des Stadtrats aus und begann mit der Luxusmodernisierung der beiden Häuser, sowie dem Abriss der Hinterhäuser.

„Raus!" sagte nun auch sie:Dem Mieterladen Nollendorfstraße-,bei dem die geräumten Besetzer für ein paar Tage untergekommen waren, drohte sie mit der Kündigung seiner Räume,falls die „Schwer Intergrierbaren" nicht auch hier sofort verschwänden.Wohnungen bot sie den 20 Obdachlos gewordenen natürlich nicht an.„Es geht nicht nur darum, daß wir geräumt werden sollen, sondern die haben was dagegen, daß wir zusammenbleiben. Denn zusammen, da sind wir ne unheimliche Kraft," meinte dazu einer der ehemaligen Besetzer.

Die Mehrheit des Bezirksamtes in Schöneberg ist gegen die Vertreibungspolitik der CDU. Sie beschloss, den Bescheid des Herrn Kunkel (sag mir wie du heißt...) zurückzunehmen.Aber der wurde von seinem CDU-Freund Rastemborski, der gerade noch ganz anders getönt hatte, nun gedeckt. Wen wundert es, daß die Besetzer mit solchen „Partnern" nicht mehr verhandeln wollen?

Aber es geht nicht nur um die Besetzer. „Schwer integrierbar" sind in den Augen der CDU praktisch alle, die Mieten nach der Modernisierung der Häuser im Schöneberger Sanierungsgebiet zwischen Winterfeldtplatz und Potsdamer Straße nicht werden zahlen können: Jugendliche, Rentner, Ausländer, Arbeitslose, Studenten, kurz die Mehrheit derer, die in den billigen Altbauwohnungen hier wohnen.

Gegen solch eine Vertreibungspolitik wehren sich deshalb auch die Mieter-Initiativen und -vertretungen, viele Gruppen, Gewerbetreibende, Mieter aus einzelnen Häusern, die abgerissen oder für die Modernisierung „entmietet" werden sollen. Sie treffen sich seit ein paar Wochen nun regelmäßig und wollen durchsetzen, daß die weitere Sanierung für und nicht gegen die Bewohner geplant und durchgeführt wird.

Als erstes machen sie jetzt eine Aktion „gegen Vernichtung von Wohnraum und Mietervertreibung": Wer in dem Kiez um den Winterfeldplatz leere Wohnungen kennt oder solche die entmietet und abgerissen werden sollen, kann das unter folgender Telefonnummer melden:

782 62 36 (Montag und Freitag 11-15 Uhr, Dienstag und Donnerstag 18-21 Uhr) oder per Postkarte an: Mieterladen Nollendorfstraße 38, 1 Berlin 30.

Das „Kiezbündnis" wird sich dann darum kümmern. Denn die Vertreibung vollzieht schleichend: Einer nach dem anderen. Und solange keiner vom anderen weiß, haben die Neue Heimat und die CDU leichtes Spiel.

Kiezbündnis wehrt sich

Auch die Architekten und Professoren, die vom Bezirksamt und dem Senat in einem Wettbewerb damit beauftragt wurden, eine neue Bebauungsplanung für den Winterfeldtplatz zu entwerfen, halten nichts von der Politik ihrer Auftraggeber.

Auf ihrer letzten Besprechung mit dem Senator für Stadtentwicklung, Hassemer, weigerten sie sich, über weitere Details zu reden , solange die politischen und sozialen Voraussetzungen nicht geschaffen sind. Sie forderten in einer gemeinsamen Erklärung, daß die betroffenen Anwohner endlich an der Planung beteiligt werden. Solange dürfe niemand mehr vertrieben werden.

Ebenso fordern jetzt auch die SPD und die Alternative Liste nachzudenken und miteinander zu reden. Hoffentlich ist es dazu noch nicht zu spät.

Das Kiezbündnis trifft sich jeden Dienstag um 20 Uhr im Mieterladen den Nollendorfstraße. Dort wird zur Zeit auch ein Büro eingerichtet, in dem die Mieter und Besetzer ihre gemeinsame Arbeit koordinieren und all die „Schwer Integrierbaren", die Herr Kunkel vertreiben will, Rat und Unterstützung bekommen sollen.

Vielleicht sind es ja nur Herr Kunkel und die Neue Heimat, die hier „nicht integrierbar" sind?

„Ihr sollt da weiter wohnen bleiben"

„Wir, die Anwohner der ehemals besetzten Häuser in der Maaßenstr. 11 und 13 wollen hiermit den ständigen Versuchen bestimmter Teile des Senats und der CDU, die bewohner zu diffamieren und zu kriminalisieren, entgegentreten! Wir erklären hiermit unsere Zustimmung zum Vorhaben der Neuen Heimat, die ehemaligen Bewohner mit ordnungsgemäßen Verträgen wieder in die Häuser zu lassen, wie dieses auch am 20.10.82 vom Senat und der NH so beschlossen wurde. Wir fordern den Senat und das Bezirksamt Schöneberg auf, ihre ursprünglichen Zusagen einzuhalten und diesen Verträgen ihreZustimmung zu geben, auch um damit eine friedliche Lösung für alle besetzten Häuser weiter zu ermöglichen!"

Für diese Stellungnahme sammelten Anwohner des Winterfeldplatzes und die ehemaligen Besetzer der Maaßenstraße 11 und 13 in drei Tagen allein 343 Unterschriften von ihren Nachbarn, die Heinrich Lummer angeblich von den Chaoten „befreite". Die meisten Leute gaben nach kurzem Überfliegen des Textes spontan ihre Unterschrift.

Hier einige Meinungsäußerungen, die wir bei dieser Gelegenheit am Winterfeldplatz zu hören bekamen:

Rentner: „Meine Mutter hat mich: die Polizei ist dein Freund und Helfer! Wat ick aber in den letzten Tagen hier im Kiez erlebt habe-Polizei in allen Ecken, sogar ine Fußgängerzone! -nee, da komm ick nich mehr mit! Da hat meine Mutter nicht mehr recht!"-

Hausfrau: „Ihr habt doch det Haus so schön bunt bemalt! Det soll nu allet übastrichen wern? Nee!"-

Junger Arbeitsloser: „Ja, ick dachte, die Neue Heimat jibt euch Vaträge! Die wolltet ihr doch, oder nich? Ja un nu? Wat issen nu? Euch hamse aba anjeschmiert!"

Sozialarbeiter:„Die beeden Häuser am Winterfeldtmarkt: kiek dir doch mal an: haste im Ernst je- ...

die fette Beute an Besetzers rausrücken? Nie und nimmer!"-

Punk: „Nu is ooch det Zigore weg Echt: war ne ätzende Kneipe, gail Übahaupt, der ;anze Kiez wird zubetoniert un jesäubert. Von uns!"-

Studentin: „Warum sind denn die Instandbesetzer plötzlich nichtintegrierbare, hochkriminelle Elemente? Weil sie systematisch dazu gemacht werden und nicht in deren Vorstellungswelt von einem sauberen und ordentlichen Kiez passen."-

Schülerin:„Ach, die vom Senat und der Neuen Heimat wollen doch garkeine friedliche Lösung!"-

Arbeitsloser Ausländer: „Ihr sollt da weiter wohnen bleiben! Ich hab nichts dagegen."-

Nichtverhandler:„Sehter, de habt ihr nu vom verhandeln: die Räumung."-

Drei Geschäftsleute und eine Rentnerin führte Innensenator Lummer nach der Räumung der Maaßenstraße der Öffentlichkeit vor:

Rentnerin: „Bin ich froh, det die weg sind! war immer són Lärm und ne Unruhe mit denen!"-

geschäftsfrau: „Die koofen ja doch nüscht bei mir!"-

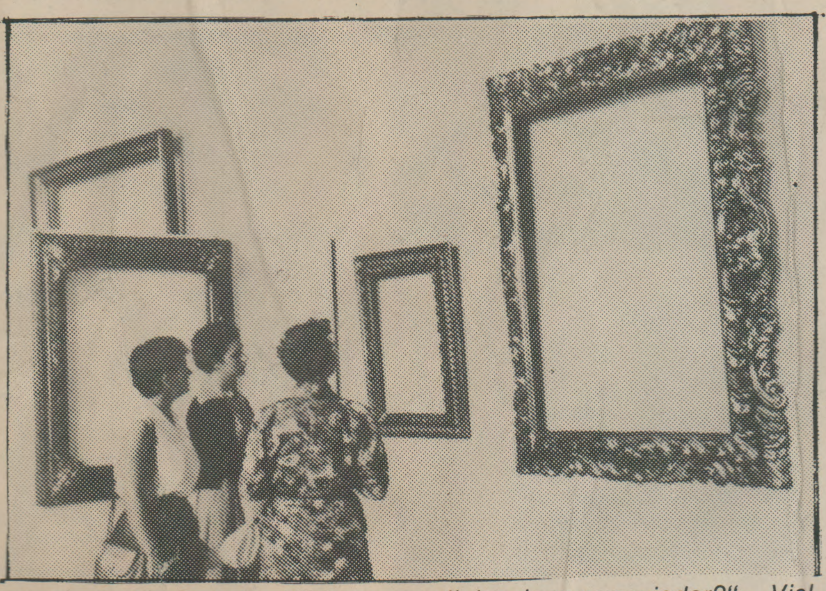
Wie lange mußte Lummer suchen, um diese vier Leute zu fin-

Kulturschock

1.Berliner Besetzer-Festival vom 11.-22.Januar 1983

Von den „wilden Zwanzigern" bis zu den „Jungen Wilden", Berlin war und ist eine Kulturmetropole. Traditionen aus preußischem Kulturbesitz werden ebenso gepflegt wie neue Wellen verhätschelt. Doch weder im offiziellen noch im alternativen Kulturbereich ist es gelungen, die Trennung zwischen Produzierendem und Konsumierenden aufzuheben. Die diversen Versuche von „Publikumsbeschimpfungen" regten die Besucher selten zur Aktivität an, so sehr auch das Einbeziehen des Zuschauers geplant und gewunscht wurde. Kunst erscheint zu oft als ein Fremdkörper, weit weg von dem Alltag der Betrachter. Die alte Forderung „Kultur vom Volk- für das Volk" stehen auch in etwas abgewandelter Form auf den Fahnen der Besetzer.Für sich selbst und Bewohner des Kiezes wird Kunst von dem hohen Sockel des Unfaßbaren, der Exklusivität geholt. Die Scheu zu verlieren auf der Bühne zu stehen, was nichts anderes bedeutet,als die schützende Menge zu verlassen, war und ist mehr als ein individueller Schritt. Kunst mit der gleichen Gewohnheit wie Essen und Trin-

langsam Konturen bekommt und Ergebnisse aufweist. Zimmer innerhalb ihrer Häuser wurden zu Ateliers, Übungsräumen, Kinos oder Kneipen. Diese werden in der Zeit vom 11.1.- 22.1.1983 für jedermensch zu sehen sein. Gefeiert wird „KULTUR-SCHOCK", das 1. Berliner Besetzer- Festival. Das Programm wird nicht nur von Besetzern bestritten, Unterstützung und Zustimmung suchen und finden wir bei Kulturschaffenden und Zuschauern. Für Interessenten, die im Programm mitmachen wollen oder unsere Idee befürworten, durch ein Besetzerfestival, die auf uns zukommenden Räumungen nicht tatenlos hinzunehmen, dient als Kontaktadresse **KULTUR-SCHOCK Potsdamerstr. 130, in Berlin 30**



„Leere Rahmen, keine Bilder, was soll das denn nun wieder?" - „Vielleicht sollten wir selber wat reinmachen." - „Aber was?" Der Phantasie

CDU-Politiker mußten Hut nehmen

Skandalöse Geschäfte mit Alten und Ausländern

Noch vor wenigen Wochen tönte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dietrich Bahner (43): „Wenn ich gehen muß, dann fallen auch andere!" Nun hat es den Betreiber von Alten- und Krankenheimen allein erwischt. Er will nicht mehr in den Bundestag. Vor einer Woche warf der Bundestagsabgeordnete Schmitz den Löffel hin. Illegale Geschäfte mit der Ausländerbehörde wurden ihm vorgeworfen.

Wie macht man aus 6 Millionen Mark 16 Millionen? Der schlaue Dietrich Bahner wußte wie. 1977 kaufte er sich das Hotel „Magdeburger Hof" in der Genthinerstraße für diese 6 Millionen, um es 2 Jahre später für glatte 16,5 Millionen DM zu verkaufen. Inzwischen hatte er sich dort ein Alten- und Krankenheim hingesetzt, subventioniert vom Senat. Später pachtete der clevere Geschäftsmann das gleiche Projekt von einer westdeutschen Abschreibungsfirma zurück und der Rubel rollte. Denn die Sozialhilfe kommt für die Kosten auf, die von den Alten und Kranken nicht mehr aufgebracht werden können. Bei den kleinen Räumen von zehn bis zwölf Quadratmetern, so rechnete die SPD aus, macht das im Monat glatt eine Miete von 60 DM für sage und schreibe einen ganzen Quadratmeter Wohnfläche, also 600 DM pro Bett. Über 1000 solcher Krankenheimbetten gehören CDU- Politikern. Nicht nur Bahner. Dazu gehört auch Manfred Preuss, Abgeordneter der CDU. Im Gesundheitsausschuß des Abgeordnetenhauses sitzt wiederum ein CDU-Politiker: Peter Vetter, von Beruf ist er Geschäftsführer einer Bahner-Firma.

Bahner will seiner Partei jegliche Belastung ersparen und die vergiftete Atmosphäre entkrampfen. Recht so! Soviel Courage sollten auch die anderen CDU-Politiker zeigen.



Wegen seiner krummen Geschäfte mit der Not von Ausländern mußte der CDU-Politiker Schmitz seinen Hut nehmen. Aber was heißt hier schon Skandale? Die beiden Herren könnten da bestimmt noch ganz andere Geschichten erzählen...

Kanonen-Schmitz auch weg vom Fenster

Der frühere stellvertretende Landesvorsitzende der CDU, Rechtsanwalt Karl-Heinz Schmitz (50), zog bereits vor einer Woche die Konsequenzen aus seinem Fehlverhalten. Zusammen mit dem Leiter der Ausländerbehörde Hollenberg (SPD) sorgte dafür, daß kriminelle Ausländer, die in krumme Geschäfte, Prügeleien und Schießerein verwickelt waren, die Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde. Gegen Geld, versteht sich. Gegen den Rechtsanwalt ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft. Eine seiner Sekretärinnen sitzt in Untersuchungshaft. Schmitz hat all seine Parteiämter niedergelegt (er ist nicht mehr im Innen- und Ausländerausschuß)- bis auf sein Mandat als Abgeordneter. Hat er noch nicht genug verdient? Will er weiterhin dafür eintreten, daß die „kleinen" Ausländer und ihre Familien, wieder ausgewiesen werden, nur weil sie nicht soviel zahlen können?

Ein Garski brachte vor zwei Jahren den Stobbe-Senat zu Fall. Will die CDU lange halten, muß sie wohl etwas mehr auf die filzigen Geschäftsgebaren ihrer Parteigrößen achten. In Toronto (Kanada) pflegt der Architekt den Müßiggang.

Neue Heimat vor Gericht

Sanierungsbetrug in Millionenhöhe

Dieter Marchlowitz, bis vor acht Monaten Geschäftsführer der Neuen Heimat Berlin, steht derzeit vor Gericht: Sanierungsbetrug in Höhe von mindestens 16 Millionen Mark wirft im der Staatsanwalt vor.

Das will schon etwas heißen, wenn gegen so jemand Anklage erhoben wird. Denn normalerweise wäscht in diesen Kreisen ja eine Hand die andere. Aber hier war es einfach nicht mehr zu übersehen: In über 30 Häusern, die sie neu gebaut oder modernisiert hat, berechnete die Neue Heimat der senatseigenen Wohnungsbaukreditanstalt, die die Steuersubventionen auszahlt, Leistungen in Millionenhöhe, die sie überhaupt nicht erbracht hatte.

In der Presse wird darüber geschwiegen Bis es zu dem Verfahren kam vergingen mehr als drei Jahre, in denen Herr Marchlowitz weiter die Geschäfte der NH betreiben konnte. Jetzt ist er zwar entlassen, bezieht aber weiter sein Gehalt von der NH. Gegen drei weitere leitenden Angestellte der NH, die an diesen Geschäften beteiligt waren, wurde das Verfahren wegen „geringer Schuld" mit einem Bußgeld eingestellt.

Wer den Staat um Millionen betrügt bleibt ein ehrenwerten Mann in dieser Stadt. Wer aber durch eigene Arbeit und ohne Steuergelder Häuser repariert, wird schnellstens wegen Hausfriedenbruch verurteilt. Wer aber gar vielleicht mal Baumaterial oder Kohlen klaut und die Herren da oben als Lügner, Betrüger und Schweine beleidigt, der ist ein krimineller Besetzer und „schwer integrierbar" noch dazu.

Aktionskreis Gewerkschafter für eine Wende in der Wohnungspolitik

Im Juni 81 wurde vielen Gewerkschaften klar, daß die Neue Heimat sich in ihren Praktiken keineswegs von anderen Wohnungsbaugesellschaften unterscheidet...

Auf einer Versammlung fast aller Einzelgewerkschaften wurde der Aktionskreis ins Leben gerufen, um sich durch Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützen der Paten und Instandbesetzer gezielt gegen die bisherige Wohnungspolitik zu wehren.

Der Kreis trifft sich etwa zweimal monatlich am Donnerstag um 19:30 in der Bülowstraße 54

Die eigene Räumung bezahlen?

Instandbesetzer werden finanziell fertig gemacht

Runde 100.000 Mark soll die polizeiliche Räumung des Hauses am Kreuzberger Fraenkelufer 30 für die Besetzer und drei Dutzend ihrer Unterstützer kosten. So jedenfalls will es die Staatsanwaltschaft, und entsprechend hatte es die erste Verurteilung in sich: Fünfzig Tagessätze für Susanne B., die sich bei der Räumung zu einem Sit-In in der leeren Ladenwohnung niedergelassen hatte. Das macht tausend Mark plus Anwalts- und Gerichtskosten.

Die Geschichte des Hauses ist voller Skurilitäten: Als die Besetzer die seit Jahren leerstehenden Wohnungen beziehen wollten, fanden sie eine wirre Sammlung von Badewannen, Öfen, Brettern und Glasscherben vor; Hauseigentümer Gertig hatte „sein Eigentum" als Sperrmüll-Deponie genutzt. In „Sorge um das wertvolle Baumaterial" rief Gertig die Gerichte an und bewirkte einen Räumungsbefehl gegen die bei ihm unbeliebten Neubewohner.

Am 17.Mai 1982 wurde geräumt, woraufhin sich die 14 Besetzer und 38 Unterstützer zu einem friedlichen Sitzstreik in der Ladenwohnung versammelten. Sie wurden einzeln herausgetragen, bis zu zwei Tagen eingesperrt und nach erkennungsdienstlicher Behandlung angezeigt.

Seither stehen die Wohnungen wieder leer; zwei von ihnen waren zwischenzeitlich vermietet, doch den Mietern hat Gertig wieder gekündigt.

Während Eigentümer Gertig nicht eine Mark Bußgeldforderung wegen verbotener Zweckentfremdung ins Haus steht, erhielten die 52 Verhafteten Strafbefehle über 1.200 bis 3.000 Mark. Alle legten Widerspruch ein und kommen jetzt vors Gericht.

Da den friedlichsten Besetzern Berlins nichts Rechtes anzuhängen war, mußten die Staatsanwälte auf den Vorwurf des Hausfriedensbruchs zurückgreifen. Alle anderen Vorwürfe wurden fallengelassen, nachdem das erste Verfahren wegen umfangreicher Beweisanträge vertagt werden mußte. Streitpunkt zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung war gewesen, ob während der Räumung die Jalousien des Ladens heruntergelassen waren oder nicht. Als alle 51 Mitverhafteten bezeugen sollten, daß dem nicht so war, verzichtete die Staatsanwaltschaft auf den Vorwurf und war die lästige Beweisaufnahme los.

Übrigens: Anklagen wegen Hausfriedensbruch endeten vor einem Jahr noch mit Freispruch, nachdem anerkannte Juristen begutachtet hatten, daß ein leerstehendes Haus keinen Hausfrieden haben könne. Jetzt werden von Berliner Staatsanwälten für das gleiche „Delikt" schon drei Monate Gefängnis gefordert.

Die nächsten Prozeßtermine sind für den 16. und 17. Dezember angesetzt; näheres kann in „Zitty" und „TAZ" nachgelesen werden. Und die Spenden für die Prozeßkosten gehen bitte auf das Sonderkonto „Fraenkelufer-Prozeß" Berliner Mietergemeinschaft bei der Sparkasse der Stadt Berlin-West, Kto. Nr.023 000 5233

Auch Neue Heimat prozessiert

Auch gegen die Besetzer der am 22.9.81 geräumten „Neue Heimat"-Häuser beginnen jetzt die ersten Prozesse wegen Hausfriedensbruch, nicht ohne die dreiste Ankündigung der NH, sie wolle noch Vermögensschäden bei den geräumten Besetzern und Unterstützern der Knobelsdorffstr. 40/42 geltend machen.

Sollen jetzt hier die Kosten einer verfehlten Sanierungspolitik denjenigen angelastet werden, die sie ja gerade ändern wollten, oder ist das ein Hinweis an die jetzigen Besetzer, entweder jetzt schnell schlechte Verträge abzuschließen oder später zu blechen? Vor ein paar Wochen war die Rücknahme der Strafanträge bei der

Erinnern Sie sich?

50 000 neue Wohnungen bis 1985

Mi[illegible] solchen Parolen wollte die CD[illegible] die Wahlen im Mai 1981 ge[illegible]en. Bei über 50.000 Woh[illegible]suchenden mit Wohnbe[illegible]ungsschein, 9.000 gar mit [illegible]keit- eine gelungene [illegible]hung.

[illegible] Broschüre „Baubilanz" [illegible]ppierte sich Bausena[illegible]orski gar zu 61.000 [illegible] die in den nächsten [illegible] Jahren [illegible]tstehen sollen. Ex-Bausenator überlegte sichs auch nochmal und ließ die Broschüre wieder einstampfen. Vielleicht sollte der Regierende Bürgermeister gleiches tun und seine Regierungserklärung vom Sommer 1981 einstampfen lassen: da hatte er (Wochen nach der Wahl) immerhin noch 39.000 neue oder(!) modernisierte Wohnungen angekündigt. Das Motto des Weizsäcker-Senats: mehr Glaubwür-



Spendenaufruf

Wie Old Heinrich, der Lümmel, uns auf Anfrage vertraulich versicherte, beabsichtigt er im Neuen Jahr neue Räumungen. Auf sein Anraten hin sollten wir uns schon jetzt um die Finanzierung der nächsten Ausgabe kümmern. Also spendet und spenden Sie, was Sie können (kein Weihnachtsgeld gekriegt?) Schüler und Arbeitslose die Hälfte: Verein zum Erhalt billigen Wohnraums, PschA Bln-W., Kto-Nr. 275170-109, Stichwort: Berlin Extra (unbedingt dazuschreiben!)

Impressum:
Berlin Extra Nr. 6
Hrsg.: Paten und Unterstützertreff der Berliner Instandbesetzer
V.i.S.d.P.: Heinrich B. Piper
Erdmannstr. 7, 1-62
Druck: Kartoffeldruck
1. Auflage: 1.-150.000.

40 Millionen gespart

„So kann es nicht weitergehen" weiß jeder, ob einfacher Bürger oder Experte, selbst die Politiker. Die Wohnungspolitik: ein einziges Chaos.
Die Wohnungsnot nimmt zu. Die Kostenmieten explodieren im sozialen Wohnungsbau, von den inzwischen über 30 Mark pro qm können den Mietern ganze sechse abgeknöpft werden- und selbst das ist oft zuviel. Räumungsklagen gegen zahlungsunfähige Mieter werden immer häufiger. Die Belastungen des Berliner Haushalts durch die Subventionierung des Wohnungsbaus sind so groß, wie ein ganzer Jahreshaushalt. Macht die Wohnungspolitik Berlin zahlungsunfähig?
Der Staat zahlt weit mehr an Zuschuß für den Bau einer Wohnung, als sie wirklich kostet. 50.000 Wohnungssuchende mit Berechtigungsschein! Die Neubauprogramme brechen zusammen- zu teuer. Die letzten grünen Wiesen in Berlin sollen zugebaut werden. Mieter werden in Angst gestürzt, ihre Wohnung soll in Eigentumswohnung umgewandelt werden, oder ein Bauunternehmer will sie als neuer Hausbesitzer raussetzen, oder sie können vor Baufälligkeit den Balkon nicht betreten oder sie zählen sorgenvoll ihre Rente: In fünf Jahren müssen sie die doppelte Summe für ihre Wohnung ausgeben. Tausende auf Wohnungssuche, Tausende verunsichert. Und nun?
In diese Situation platzten sie hinein, die Hausbesetzer. Und riefen: Alles muß anders werden! Recht so, lobten die Berliner (selbst Springer zog gequält mit). Kein Wunder: von Selbsthilfe war plötzlich die Rede, aus dem Ausland lernen, billigen Wohnraum erhalten, instandsetzen vor modernisieren, Steuergelder sparen, behutsame Sanierung. Presse und Fernsehen berichteten aus Berlin, Hoffnung auf Verbesserungen kam auf.
Sie ist verflogen. Alles soll bleiben, wie es ist. Nichts wird verändert. Selbsthilfesanierung in legalisierten Häusern? Billige Mieten über Jahre? Sparsamer Umgang mit Steuergeldern? Instandsetzen vor Abriß?
WO GIBTS DENN SOWAS!?
40 Millionen kann der Senat sparen, wenn er alle 108 besetzten Häuser kauft und den Bewohnern samt Baukostenerstattung schenkt Das errechnete der Berliner Mieterverein. 40 Millionen gegenüber dem, was eine Sanierung durch die Neue Heimat oder private Spekulanten kosten würde. In Wirklichkeit gäbe es sogar weit mehr aals 40 Millionen zu sparen, denn
1.) sollten die Häuser nie verschenkt werden, sondern alle legalisierten Besetzer müßten zwischen 3 und 5 Mark Kaltmiete pro qm zahlen (nachdem sie schon für mehrere Tausend Mark pro Nase Selbsthilfe-Arbeiten verrichtet haben).
2.)würden die Grundstücke und Häuser dem Land Berlin und nicht irgendwelchen Privatleuten gehören,
3.)bräuchte kein Bewohner Wohngeldempfänger werden.
Steuern ließen sich so auch nicht hinterziehen - eine politische Lösung: zukunftsweisend, sparsam, wohnraumerhaltend...
Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft wären so auch gesichert. Keineswegs würde die Reparatur der dann ehemals besetzen Häuser etwa in »Schwarzarbeit« durchgeführt oder allein von den Bewohnern erledigt werden können, wie Unternehmerlobbysten öfters beklagten. Erfahrungen in Berliner Selbsthilfehäusern zeigen: 80% der Baumaßnahmen werden an Firmen vergeben. Mehr als ein Fünftel der Arbeiten läßt sich in Selbsthilfe einfach nicht schaffen. Je schneller der Senat bereit wäre, alle Häuser zu legalisieren, umso schneller könnte zu vertretbaren Kosten mit der endgültigen Wiederherrichtung von zehntausenden von Quadratmetern Wohnraum begonnen werden.



Bewohner helfen Bewohnern

Am 4.Dezember zeigten die Instandbesetzer in Kreuzberg SO 36 mal wieder, was in ihnen steckt. Fenster, Dächer und Elektroleitungen wurden repariert. In eigenen und in Nachbarswohnungen. Bei Temperaturen um den Gefrierpunkt nicht gerade ein angenehmes Arbeiten.

Achtung Bescherung

Um mindestens 5% steigen für alle Berliner Altbauwohnungen am 1.1.83 die Mieten. Wenn Sie die Mieterhöhung von ihrem Hauswirt auf den Gabentisch gelegt bekommen, sollten Sie darauf achten, daß er nicht noch mehr verlangt, als darf.
So gilt die Mieterhöhung zum Beispiel nicht für „Bruchbuden". Darunter werden auch Wohnungen mit Außentoilette gezählt, wenn diese von mehr als einer Mietpartei genutzt wird. Die 5 prozentige Erhöhung muß schriftlich erklärt und darf nur von der Grund-Miete (ohne Umlage, Wasser, Heizung, Müllabfuhr usw.) errechnet werden.
Bös erwischt es Mieter von Wohnungen mit Bad, Zentralheizung oder Fahrstuhl. Hier können die Erhöhungen bis zu 13% sein. Komfortzuschläge (4% fürs Bad, Zentralheizung 2% und Fahrstuhl 1%) heißt der Trick. Doch der zieht dann nicht, wenn für diesen Komfort(?) schon Modernisierungszuschläge in der Gesamtmiete enthalten sind! Oder der Fahrstuhlzuschlag auch bei Erdgeschoß-Mietern verlangt wird. Zusätzlich können Betriebskosten neuerdings auf die Miete umgelegt werden- für Gartenpflege, Hausbeleuchtung oder Hauswart. Vorsicht ist geboten. Einsicht in die Unterlagen muß aber gewährt werden. Wenn die Mieterhöhung erst nach dem 15.12. erklärt wird, braucht sie erst am 1. Februar gezahlt werden. Es sei denn, im Mietvertrag steht eine Gleitklausel. Wenn dem Mieter was nicht geheuer vorkommt, sollte er eine der vielen Mieterberatungen (in allen Berliner Bezirken) aufsuchen.

Alltäglicher Widerstand

Schon 1820 hat es in Berlin Häuserkämpfe gegeben,und seit Jahrzehnten proben die von Arbeitsplatzabbau, Umweltzerstörung oder Hochrüstung Betroffenen den zivilen Ungehorsam. Diese vielfältigen und breiten Formen des „alltäglichen Widerstandes"soll ein Kongress aufzeigen, der,vom Berliner Patentreff angeregt,Ende Januar 1983 in Berlin stattfindet. Alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen sind aufgefordert, sich an Vorbereitung und Durchführung zu beteiligen. Kontakt über ☎ 781 30 21

Der Berliner Mieterverein macht mobil

Der Wohnungsbau ist zunehmend zu einem Instrument gigantischer Vermögensumverteilung zugunsten Höher- und Höchstverdienender und zu Lasten der Mieter und Steuerzahler geworden. Dies läßt sich an allen Bereichen nachweisen: von der Spekulation mit Grund und Boden über die Verwertung von Altbauten und den bestehenden Sozialen Wohnungsbau, bis hin zu jeglichem Neubau.

Dem Gesetzesauftrag des 2. Wohnungsbaugesetzes, die Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung mit ausreichendem Wohnraum zu garantieren, wird die Wohnungspolitik immer weniger gerecht. Stattdessen werden Förderungs- und steuerrechtliche Bedingungen geschaffen, die Subventionen und Steuersparmöglichkeiten zum entscheidenden Investitionskalkül machen. Die wohnungspolitischen Folgen einer derartigen Politik sind klar:
- die Vernichtung preiswerten Wohnraums durch Modernisierung, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und Abriß
- Neubau, der zu überteuerten Baukosten errichtet, mit staatlicher Übersubventionierung finanziert und zu hohen Einstiegsmieten an die Mieter vermietet wird. Da die Differenz zwischen Kostenmiete und Sozialmiete (30,-DM und 5,20DM pro qm und Monat) immer größer wird, sind Nachsubventionierungen unerläßlich. Das heißt: jede in diesem System neu errichtete Wohnung häuft zusätzlich Sprengstoff in die Zeitbombe Sozialer Wohnungsbau.

Dieses System abzuschaffen und durch ein den Bedürfnisssen der Menschen dienendes zu ersetzen, ist Ziel der Kampagne gegen die Spekulation.
An den Punkten: Spekulation im Altbau, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Sozialer Wohnungsbau und steuerliche Grundlagen soll nachgewiesen werden, wie die Spekulationsinstrumente funktionieren.
Ausführlichere Information über die Kampagne gibt es beim Berliner Mieterverein e.V., Spichernstraße 12, 1-30.

Wie Spekulanten rechnen

„Bauen für Berlin oder Klauen von Berlin"?

Zwei Millionen Arbeitslose- und keiner weiß ein Rezept dagegen? Das muß doch ein Irrtum sein! Die stadtbekannte Initiative „Bauen für Berlin" weiß es besser: Auf Hochglanzpapier und mit vielen bunten Bildern schickt sie uns ein Heftchen ins Haus, und da kann mit etwas Sorgfalt nachgelesen werden, wie einfach das mit den Arbeitslosenalles sein könnte.
Um nur mal einen kleinen Anfang zumachen, haben die netten Herren in den grauen Nadelstreifenanzügen- natürlich aus purer Menschenfreundlichkeit- allein in Berlin schon 30.000 Arbeitsplätze geschaffen. Das ist doch ein Wort, nein besser eine Zahl, und mit Zahlen gehts gleich weiter: 3,5 Milliarden Mark wurden so der Volkswirtschaft zugeführt! Und weil die 30.000 Bauarbeiter und Sekretärinnen auchSteuern und Sozialabgaben zahlen, bekommt die „Staatskasse" von diesem Segen 500 Millionen ab. Toll- oder?
Ach ja: Ganz nebenbei wurden viertausend Wohnugen geschaffen! (Die stehen natürlich da, wo die Leute wohnen wollen und sind ganz preiswert.)
Noch ein paar Zahlen? 1,1 Milliarden Mark hat der Staat durch diese Initiative an zusätzlichen Einnahmen oder wenigstens Einsparungen. Warum ist nur noch keiner auf diesen Dreh gekommen, wenn das so toll läuft- und das ist ja auch erst ein Anfang!
Oder habe ich da etwas überlesen? Also nochmals alle Rechnungen rauf und runter. Na ja- 1,3 Milliarden soll der Staat beisteuern. Aber was ist das schon bei so vielen schönen Zahlen, und außerdem erspart eben diese Aktion dem Staat 1,1 Milliarden.
Wo die restlichen 200 Millionen bleiben? Ganz unten im Text steht bescheiden: „Diese Subventionen erhält jeder Bauherr, der sie beantragt, also der Privatmann..." Man sieht, es gibt Sachen, die sind für alle gut und richtig; man muß sie nur machen. Schade, daß wir nicht machen können...

TAUSCHE: Zwei PERSHINGs gegen 3-4 Zi.Wohnung

„Wo bitte gehts zur Front?"

